

Jungfreisinnige St. Gallen

# Nein zu Planwirtschaft, Überregulierung und Denkverboten

Die Energiestrategie 2050 verfolgt hehre und unterstützenwerte Ziele, doch schlägt sie die falschen Massnahmen vor. Bei einer Annahme drohen Planwirtschaft, massive Bürokratie und Überregulierung sowie Denkverbote. Im Kanton St. Gallen haben sowohl die FDP als auch die Jungfreisinnigen mit klaren Mehrheiten die Nein-Parole für die Abstimmung vom 21. Mai gefasst.

**Christoph Graf und Ramiz Ibrahimovic\***

Die Energiestrategie des Bundes verfolgt drei Ziele: die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus der Kernenergie. Viele würden diese Stossrichtung wohl unterstützen. Informiert man sich aber genauer über die vorgeschlagenen Massnahmen, so stehen einem die Haare zu Berge: Milliarden von Steuerfranken werden umverteilt, und was mit der Subventionswirtschaft nicht erreicht werden kann, wird mit Verboten erzwungen.

## Nein zu Denkverboten

Ursprung der Energiestrategie war der Reaktorunfall in Japan und der in der Folge handstreichartig kommunizierte Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Entscheid soll nun mit einem ausdrücklichen Verbot neuer Kernkraftwerke zementiert werden. Dieses Verbot ist aber unsinnig und ein Innovationskiller. Unsinnig deshalb, weil



In St. Gallen sagen FDP und Jungfreisinnige Nein zur Energiestrategie 2050.

aufgrund der niedrigen Strompreise aktuell sowieso niemand ein Kernkraftwerk bauen würde. Innovationschädlich, weil durch das Verbot Forschung und Entwicklung in diesem Bereich unterbunden würden.

## Nein zur Planwirtschaft

Das Energiegesetz basiert auf einer realitätsfernen Planungsgläubigkeit von Bundesrat und Parlament. Nicht die Bedürfnisse von Menschen und Unternehmen sollen im Zentrum ste-

hen – sondern, was die Verwaltung in Bern entscheidet. Gerade für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Wirtschaft der Ostschweiz hätte diese Planwirtschaft nicht abschätzbare negative Folgen.

## Nein zur Überregulierung

Aber auch jede und jeder Einzelne wird die Folgen einer Annahme der Vorlage zu spüren bekommen: Der Staat dringt dann tief und unkontrolliert in unsere Privatsphäre ein und schreibt uns vor, was wir zukünftig machen dürfen und was nicht. Mit einer liberalen Staatsordnung hat das gar nichts mehr zu tun.

## Nein zur Abhängigkeit

Die Energiestrategie will nach dem Giesskannenprinzip Wasser-, Wind und Solarkraftwerke finanzieren. Damit sollen der verordnete Wegfall der Kernenergie kompensiert und die Abhängigkeit vom Ausland vermeintlich reduziert werden. Scheint die Sonne aber nicht oder fehlt der Wind, droht ein akuter Energiemangel – für dessen

Überbrückung keine Grosskraftwerke mehr zur Verfügung stehen. Was ist die Konsequenz? Entweder duschen wir kalt, kaufen Atomstrom in Frankreich oder importieren deutschen Kohlestrom. Das ist das Ende einer sicheren und sauberen Energieversorgung!

## Nein zur Energiestrategie

Wieso vertrauen wir nicht auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger? Auf die Innovationskraft unserer Unternehmen? Auf die Anpassungsfähigkeit unserer Wirtschaft? Wieso vertrauen wir nicht auf die Kraft der Freiheit? Genau bei so hochkomplexen Fragen ist die Freiheit mit gleichzeitiger Verantwortung der beste «Regulator». Sie schafft tatsächlich Versorgungssicherheit, Innovation und Arbeitsplätze. Und zwar nachhaltig.

\*Christoph Graf war bis 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Kanton St. Gallen. Ramiz Ibrahimovic kandidiert für die Jungfreisinnigen um den letzten freien Sitz im Stadtrat von Rapperswil-Jona.

## Neuer Standort für das FDP-Parteisekretariat

«Alles neu macht der Mai» – die erste Zeile des bekannten Volkslieds scheint dieses Jahr perfekt auf den St. Galler Freisinn gemünzt. Nach 18 Jahren am bisherigen Standort an der Harfenbergstrasse 2 wird die Geschäftsstelle am 15. Mai 2017 ihre neuen Räumlichkeiten an der Rorschacher Strasse 44 in St. Gallen – in unmittelbarer Nachbarschaft zum Baudepartement – beziehen. Der Um-

zug ist nötig geworden, weil die Kursana AG als Hauptmieterin der Liegenschaft am Spisertor ihren Sozialbereich auslagern möchte und zu diesem Zweck zusätzliche Mietflächen benötigt. Der Umstand, dass in St. Gallen derzeit eine vergleichsweise grosse Auswahl an freien Büroflächen besteht, stellte die Verantwortlichen anfangs vor die viel zitierte Qual



der Wahl. Die ausgesuchte Liegenschaft erfüllt die an eine Partei-Geschäftsstelle gestellten Erwartungen in nahezu idealer Weise und überzeugt in erster Linie durch ihre grosszügig dimensionierten Büros.

Bedingt durch die Umzugsarbeiten ist die St. Galler FDP vom 12. bis zum 16. Mai telefonisch nur eingeschränkt erreichbar. Wir danken fürs Verständnis. (as)